



# Weichsel-Warthe

Mitteilungsblatt der Landmannschaft Weichsel-Warthe  
Bundesverband e.V. (Posen, Mittelpolen, Galizien u. Wolhynien)

68. Jahrgang

Juni 2020

Folge 06

## Das Corona-Virus behindert uns, aber nicht am Gedenken an Flucht und Vertreibung und die Aufgaben der LWW!

Liebe Landsleute, liebe Mitglieder und Freunde der Landmannschaft Weichsel-Warthe, Seit Mitte März ist alles anders. Zwar hörten wir seit Ende letzten Jahres vom Ausbruch einer neuen Krankheit aus China, doch das war weit weg. Selbst als die ersten Fälle in Europa bekannt wurden, war das für uns noch weit entfernt. Erst die dramatischen Berichte und Bilder aus Italien ließen uns ahnen, daß da etwas auf uns zukommt, das wir noch nicht erlebt haben.

Einer Pandemie mußten demokratische Industriestaaten in dieser Form nicht nie widerstehen. Die letzte große Pandemie, die die gesamte Welt – bis auf Australien, das sich damals total abriegelte – betraf, war die sog. Spanische Grippe von 1918-20, die ihren Ausgangspunkt in Amerika hatte. Damals wurden über 500 Millionen Menschen infiziert. Die Todesfälle sind bis heute unbekannt, da es die Welt am Ende des Ersten Weltkriegs traf, in der gerade Europa sehr geschwächt war und solche Nachrichten noch unter die kriegsbedingte Zensur fielen. Die Zahl der Todesfälle wird für damals auf 27-50 Millionen weltweit geschätzt – darunter auch meine Urgroßmutter, die ebenso wie heute als TBC-Erkrankte zur Hochrisikogruppe gehörte. Wir sollten also gewarnt sein und uns nicht leichtfertig in Gefahr begeben, bzw. dem Virus freien Lauf lassen.

Die Herausforderung ist gewaltig und angesichts einer total durch die wirtschaftliche Globalisierung vernetzte Welt nicht abzuschätzen. Nun muß die Menschheit beweisen, daß sie wirklich solidarisch ist.

Und Solidarität brauchen auch wir – sie als unsere Mitglieder und wir als Landmannschaft Weichsel-Warthe (LWW) mit ihren Gliederungen. Alle unsere geplanten Projekte und Veranstaltungen können vorerst nicht durchgeführt werden, weil wir nicht reisen dürfen, weil Versammlungsverbote bestehen und Ausgangssperren verhängt sind. Doch die LWW braucht den permanenten Kontakt zu den Menschen über Generationen und nationale Grenzen hinweg, was aber derzeit leider nicht geht.

Seit März laufen in der Bundesgeschäftsstelle Absagen von allen Veranstaltungen im Bereich der LWW, des BdV u. a. Kulturschaffenden ein. Auch wir sind davon betroffen:

**Wir müssen unsere Bundesversammlung und Bundeskulturtagung in Fulda  
am 26. bis 28. Juni 2020 im Bonifatius-Haus absagen.**

Noch ist es nicht absehbar, wie sich die Lage entwickelt, aber unsere Teilnehmer und Mitglieder gehören zur Hochrisikogruppe, daher können wir es nicht verantworten, sie diesem unwägbareren Risiko auszusetzen. Doch: aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Ich kann jedem nur Mut machen und Sie aufrufen: Jede Krise ist auch eine Chance. Nutzen Sie z. B. ihre freie Zeit. Ich habe die Jahrbuchautoren aufgerufen, nun all die Beiträge zu verfassen, zu denen sie nie Zeit haben. Nutzen Sie die Zeit!

Auch für die Zeit danach kann die LWW nicht düster sehen, wie sie dem Bericht „Wichtiges Signal der Hessischen Landesregierung an die Vertriebenenverbände und Landmannschaften“ der Landesbeauftragten Margarete Ziegler-Raschdorf entnehmen können.

Wir müssen Geduld haben und ich rufe Ihnen hoffnungsvoll zu: Bleiben sie gesund und optimistisch, denn wir brauchen Sie, um die Aufklärungsarbeit der LWW, die Arbeit mit Ihnen und unser Friedenswerk für Verständigung und Versöhnung fortsetzen zu können.

*Ihr Dr. Martin Sprungala, Bundessprecher*

## Wichtiges Signal der Hessischen Landesregierung an die Vertriebenenverbände und Landmannschaften

### Mittel für Kulturpflege und Spätaussiedlerintegration kräftig erhöht

Mit der Beschlussfassung in der Plenarsitzung des Hessischen Landtags wurde am 19. Februar 2020 der Landeshaushalt 2020 verabschiedet und in Kraft gesetzt. Nach 20 Jahren gleichbleibender Förderhöhe wurden damit sowohl die Kulturmittel für die Erinnerungs- und Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) als auch die Mittel für die Spätaussiedlerintegration um jeweils 50 Prozent erhöht.

„Das ist ein großer Schritt nach vorne und wichtiges Signal der Unterstützung. Ich freue mich sehr, dass sich meine Anstrengungen dafür gelohnt haben und auch die Wünsche der Verbände gehört wurden“, sagte Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf. Gestiegene

Kosten, das Schwinden der Erlebnisgeneration und der damit verbundene Rückgang des ehrenamtlichen Engagements in den Vertriebenenverbänden erfordern ein größeres finanzielles Engagement für eine auch in der Zukunft sichergestellte, gute Erinnerungs- und Kulturarbeit, wie sie § 96 BVFG Bund, Ländern und indirekt auch den Kommunen auferlegt.“

Im Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG) heißt es in § 96 BVFG unter der Überschrift:

#### **Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge und Förderung der wissenschaftlichen Forschung:**

*Bund und Länder haben entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen*

*Zuständigkeit das Kulturgut der Vertriebenengebiete im Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des ganzen deutschen Volkes und des Auslands zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern. Sie haben Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben, sowie die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern. Die Bundesregierung berichtet jährlich dem Bundestag über das von ihr Veranlasste.*

Die Hessische Landesregierung nimmt

diese gesetzliche Verpflichtung ernst und versteht sie als Verantwortung, die Erinnerungsarbeit als Vermächtnis für unser Land und die Bundesrepublik insgesamt zu stärken. Ab dem Jahr 2020 werden die Kulturmittel nach § 96 BVFG von bisher 600.000 Euro auf künftig 900.000 Euro erhöht. Im Rahmen dieser Mittel wird die institutionelle Förderung des Bundes der Vertriebenen (BdV) von bisher 243.000 auf 300.000 Euro angehoben, die der Patenschafts-Landsmannschaft Weichsel-Warthe von 77.000 auf 100.000 Euro, die der Deutsch-Baltischen Gesellschaft, für die ebenfalls eine Patenschaft des Landes besteht, von 60.700 auf 80.000 Euro. Eine kräftige Erhöhung der Landesmittel von bisher 41.000 auf künftig 100.000 Euro erfolgt auch zugunsten der Landsmannschaften. Wie Ziegler-Raschdorf hervorhebt, werde damit der gesamte Aufgabenbereich nicht nur verstetigt, sondern für die kommenden Jahre auf eine sichere, zukunftsfähige und weitaus komfortable Basis gestellt. Die Hessische Landesregierung zeige damit ihre Verlässlichkeit und stehe 75 Jahre nach Flucht und Vertreibung weiterhin fest an der Seite der deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler.

Flüchtlinge, Heimatvertriebene und Deportierte haben nach dem II. Weltkrieg stellvertretend für alle Deutschen ein Sonderopfer erbringen müssen. Insofern müsse ihr Schicksal im Bewusstsein aller Deutschen erhalten bleiben, wofür eine moderne, zeitgemäße Dokumentation der Ereignisse, für Digitalisierungsprojekte, die auch dem Schulunterricht zugutekommen, für die Weiterentwicklung einer angemessenen Erinnerungs- und Kulturarbeit und nicht zuletzt die Unterstützung von Verständigung und Versöhnung notwendig sei. Aufgrund der Mittelerhöhung seien die Vertriebenenverbände, die im Wesentlichen diese Arbeit leisteten, dazu auch weiterhin in der Lage.

Zu einem Gespräch hatte Landesbeauftragte Ziegler-Raschdorf die Landsmannschaften eingeladen und informierte gemeinsam mit ihrer Stabsstelle über die Erhöhungen im Einzelnen und über Möglichkeiten der Verwendung der Kulturmittel im Rahmen der Förderrichtlinien. Dabei konnten viele Fragen geklärt und Hilfestellung gegeben werden. Aufgrund der positiven Resonanz und großen Teilnahme werde eine regelmäßige Konferenz der Landsmannschaften angestrebt. Viele Probleme ließen sich besser gemeinsam erörtern und auch lösen.

Zu einem weiteren Termin hinsichtlich der künftigen Finanzausstattung kam die Landesbeauftragte mit Vorstandsmitgliedern und Geschäftsführung des BdV Hessen zusammen, um insbesondere den konkreten Verteilerschlüssel der erhöhten Förderung zugunsten der Landsmannschaften zu erörtern. Einvernehmlich verständigte sich die Stabsstelle der Landesbeauftragten mit den Verbänden auf eine allseitig zufriedenstellende und akzeptierte Vorgehensweise.

„75 Jahre nach Flucht und Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus den Ostgebieten wird mit der eindrucksvoll verbesserten finanziellen Ausstattung in Hessen die Möglichkeit für eine moderne, zeitgemäße Dokumentation der Ereignisse, für Digitalisierungsprojekte, die auch dem Schulunterricht zugutekommen und für eine neue, auch für junge Menschen interessante Erinnerungs- und Kulturpflege, geschaffen. Dafür bin ich sehr dankbar. Ein Drittel unserer hessischen Bevölkerung hat einen Vertreibungshintergrund oder ein Aussiedlerschicksal. Dies ist Grund genug für alle Anstrengungen. Mit frischer Motivation sehe ich in die Zukunft und freue mich auf viele neue Ideen und eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem BdV und den Landsmannschaften“, betont Ziegler-Raschdorf.

In einem weiteren Förderbereich habe es mit der Anhebung der Fördermittel für die Spätaussiedlerintegration ebenfalls eine ansehnliche Erhöhung gegeben. Die Eingliederungsmittel zugunsten von Aussiedlern und Spätaussiedlern würden von bisher 560.000 auf künftig 800.000 Euro angehoben. Damit unterstütze das Land Hessen die persönliche, kulturelle, berufliche, gesellschaftliche Eingliederung und künftig stärker auch die Eingliederung der Deutschen aus Russland im Bereich der politischen Bildung und Demokratie-Erziehung. Ein wesentlicher Anteil der Mittel in Höhe von 300.000 Euro stehe der neuen „Interessengemeinschaft der Deutschen aus Russland in Hessen – IDRH“ für ihre Integrationsarbeit zur Verfügung. In der IDRH habe sich die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LMDR) mit der Deutschen Jugend aus Russland (DJR) zu einem eingetragenen Verein zusammengeschlossen, um künftig ihre Beratungs-, Qualifizierungs- und Kulturprojekte und eine vielfältige Integrationsarbeit gemeinsam durchzuführen. Die Hessische Landesregierung habe damit im Aufgabenfeld der Spätaussiedlerintegration einen wichtigen Ansprechpart-



Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf (Bildmitte) neben dem Vorsitzenden des Unterausschusses für Heimatvertriebene, Spätaussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung (UHW), Andreas Hofmeister, MdL sowie Referentin der Stabsstelle Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Yvonne Kremer. Im Hintergrund: Vertreter der einzelnen Landsmannschaften, u. a. Dr. Sprungala und W. Manz. Foto: LBHS

ner, dessen Akteure sich in 20 Jahren in ihrer Zuverlässigkeit bewährt haben.

Die Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf hebt hervor: „Sowohl LMDR als auch DJR leisten einen ausgesprochen wichtigen Beitrag zu einer Wieder-Beheimatung der überwiegend aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion stammenden Spätaussiedler in Deutschland. Aufgrund der Novellierung des Bundesvertriebenengesetzes im Jahre 2013 mit wichtigen Erleichterungen bei der Familienzusammenführung steige die Zahl der Spätaussiedler seit sieben Jahren langsam aber stetig wieder an. Diesem Umstand gelte es Rechnung zu tragen. Durch die Erarbeitung zeitgemäßer Projekte werde den in Hessen lebenden rund 300.000 Deutschen aus Russland eine Integration nicht übergestülpt, sondern gemeinsam mit Ihnen entwickelt. Da ist in vielen Jahren großes Vertrauen gewachsen, für das ich sehr dankbar bin. Die neuen finanziellen Möglichkeiten werden auch dazu führen, die Kenntnis und das Verständnis für die Geschichte und Kultur der Deutschen aus Russland im Bewusstsein der einheimischen Bevölkerung zu vertiefen.“

## Jahrbuch Weichsel-Warthe 2020



Denken sie an unser Jahrbuch. In den Zeiten der Schutzmaßnahmen gegen das Coronavirus ist das Jahrbuch ein guter Lesestoff, um sich die Zeit zu vertreiben und Denkanstöße zu erhalten.

**In diesem Jahr mußte aufgrund der massiven Portopreiserhöhungen und seit Jahren nicht angepaßten Preissteigerungen der Bezugspreis leicht erhöht werden. Der Bezugspreis beträgt für das Einzel exemplar 12,00 € (europäisches Ausland und Übersee 15,00 €), bei Abnahme von 3-9 Exemplaren je 10,50 € und von mehr als 10 Exemplaren je 9,00 €. Verwenden Sie bitte den Überweisungsvordruck und überweisen Sie den Bezugspreis oder fordern Sie Exemplare bei der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband e.V., 65185 Wiesbaden, Friedrichstr.35 III., Tel. 0611/379787 gegen Rechnung an.**

## 75 Jahre nach Flucht und Vertreibung

Zu einem denkwürdigen Ereignis im Gebäude des Landtags von Baden-Württemberg wurden die Mitglieder des LWW-Landesvorstands sowie weitere Landsleute aus der Region Stuttgart am 11.3.2020 eingeladen. Erstmals fand dort im Foyer des Plenarsaales eine gemeinsame Veranstaltung des Landtages und des Bundes der Vertriebenen (BdV) Baden-Württemberg statt, die programmatisch mit „75 Jahre nach Flucht und Vertreibung – Wie aus Vertreibung Versöhnung wurde“ überschrieben war. Die Initiative zu dieser Veranstaltung war vom BdV ausgegangen, um der Millionen von Menschen zu gedenken, die im Zuge des von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkriegs ab 1944 als Flüchtlinge und Vertriebene ihre angestammte Heimat im Osten des damaligen Deutschen Reichs und den deutschen Siedlungsgebieten im östlichen Europa und in Russland verlassen mussten. Gleichzeitig sollte mit dieser Veranstaltung auch an die Flüchtlinge und Vertriebenen erinnert werden, die trotz Widrigkeiten für sich und ihre Familien im deutschen Südwesten ein neues Zuhause suchten, sich am Aufbau und der Fortentwicklung von Baden-Württemberg beteiligten und somit ein großartiges Zeichen der Integration leisteten. Frau Sabine Kurz MdL, Vizepräsidentin des Landtags von Baden-Württemberg, erinnerte in ihrer Begrüßungsrede deshalb folgerichtig an die Erfahrung derer, *„die Vertreibung noch am eigenen Leib erfahren haben“*. Sie machte gleichzeitig angesichts der von den Vereinten Nationen veröffentlichten Zahlen von aktuell weltweit 70 Millionen Menschen auf der Flucht deutlich, dass das Schicksal der Heimatvertriebenen den Auftrag für die Gegenwart und Zukunft bestimmt: *„Nie wieder Krieg, nie wieder Vertreibung, nie wieder Ausgrenzung.“*

Vor den rund 300 Gästen sprach dann Herr Raimund Haser, Mitglied der CDU-Fraktion und Sprecher für Angelegenheiten der Vertriebenen, ehrenamtlich Präsidiumsmitglied des Bundes der Vertriebenen in Berlin, Vorsitzender der Donauschwaben in Sindelfingen und Stellv. Landesvorsitzender des BdV Baden-Württemberg. In Erinnerung an die in Stuttgart von den Vertriebenenverbänden, so auch der LWW, 1950 unterschriebene Charta mit ihrem Appell für ein friedliches und geeintes Europa, führte er zum Vertriebenenschicksal aus: *„All dieses Leid hat nicht, wie es vielleicht zu erwarten gewesen wäre, zu Rache und Vergeltung, zu Zorn und ewiger Feindschaft geführt, sondern zu einer beinahe wundersamen Versöhnung.“* Beim anschließenden Hauptvortrag „Flucht und Vertreibung: Ein zentrales Kapitel deutscher und europäischer Geschichte“, gehalten von Prof. Dr. Mathias Beer, Direktor des Instituts

der Donauschwäbischen Geschichte in Tübingen, wurden die historischen Fakten der Vertreibungspolitik in den Nachkriegsjahren des Zweiten Weltkrieges und der Versuch der Politik, „volksreine“ Staaten zu schaffen, klar benannt.

Die Veranstaltung wurde abgerundet durch eine von MdL Haser geleitete Gesprächsrunde, an der eine Vertreterin der Siebenbürger Sachsen, ein Repräsentant für das Kuhländchen in Ostmähren und eine gebürtige Breslauerin teilnahmen sowie dem auch bei der LWW bekannten Bundesgeschäftsführer der Bessarabiendeutschen, Günther Vossler. Auf die Frage von Raimund Haser, wie dieser seinen Verein zukunftsfest machen möchte, antwortete Herr Vossler mit der Gegenfrage: *„Ich habe unserem Vorstand vor ungefähr sechs Jahren die Frage gestellt: Wozu braucht die Welt den Verein der Bessarabiendeutschen? Nur wenn wir darauf eine Antwort haben, haben wir auch eine Zukunft. Da haben wir wirklich gerungen!“*. Die in Kasachstan geborene, aus einer russlanddeutschen Familie stammende und in Baden-Württemberg aufgewachsene Sängerin Helena Goldt, die gegenwärtig in Berlin wohnt, umrahmte nicht nur mit ihrem Gesang hervorragend diesen Abend im Landtag von Baden-Württemberg, sondern beteiligte sich als Vertreterin der jüngeren Generation mit ganz persönlichen Beiträgen auch an der Gesprächsrunde der von Flucht und Vertreibung Betroffenen: *„Obwohl ich es natürlich nicht immer leicht gehabt hatte, habe ich immer gern von meiner Herkunft erzählt. Mein Vater war zum Beispiel plötzlich kein Ingenieur mehr, sondern Lagerarbeiter. Ich war deshalb umso dankbarer dafür, dass ich aufs Gymnasium gehen konnte“*, so Goldt.

In ihrem Schlusswort zitierte Iris Rip-sam aus erschütternden Berichten Geflüchteter aus Ostpreußen, die Mitte Januar 1945 bei eisigen Temperaturen über das zugefrorene Frische Haff vor der Roten Armee versuchten, westwärts zu kommen. Die baden-württembergische BdV-Landesvorsitzende beendete dann die Veranstaltung mit den Worten: *„Für uns steht der Gedanke von Versöhnung und Verständigung im Mittelpunkt“*. Im Nachhinein dürfte die Gedenkveranstaltung „75 Jahre Flucht und Vertreibung“ wegen der Coronavirus-Gefahr die vorerst letzte größere Veranstaltung im Landtagsgebäude von Baden-Württemberg gewesen sein.

Hans-Werner Carlhoff

### 1945 Kriegsende: Das Leiden der Frauen hält an

Das Ende von sinnlosem Morden und Zerstörung, von angstvollen Bombennächten und das Ende des nationalsozialistischen Terrors verbinden Millionen Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Gefühlen. Während es den

Menschen in den Konzentrationslagern und in den besetzten Ländern Wege in ein freies selbstbestimmtes Leben eröffnete, konfrontierte es die Deutschen mit den Folgen des selbstverschuldeten Krieges. Vierzehn Millionen Deutsche jenseits von Oder und Neiße und aus dem Südosten wurden aus ihrer Heimat vertrieben.

Wir als Frauenverband im Bund der Vertriebenen wollen im Besonderen an das Schicksal der vertriebenen Frauen erinnern. Mit den Kindern und den betagten Eltern im Schlepptau legten die vertriebenen Frauen hunderte Kilometer zu Fuß, mit Pferdewagen oder mit dem Zug zurück. Sie waren Freiwild, nicht nur für die russischen Soldaten. Im zerbombten, ausgezehrten Westen unerwünscht, kämpften sie um Schlafstätten und Nahrung für ihre Rumpffamilie. Sie krempelten die Ärmel auf und hauchten den Ruinen neues Leben ein. Die demütigenden und traumatisierenden Erlebnisse haben sie verdrängt, zumal die Möglichkeit einer psychosozialen Betreuung nach dem Krieg nicht gewährleistet war. Nur Wenige haben sich Vertrauenspersonen gegenüber geöffnet. Die meisten nahmen ihre Leiden mit ins Grab.

Die traumatischen Gewalterfahrungen der Frauen und ihre Erinnerungen sind Teil unserer Geschichte und unserer Erinnerungskultur. Als Nachgeborene anerkennen wir die Leiden der Frauen, um den Kreis der Gewalt zu durchbrechen. Mit großem Respekt verneigen wir uns vor der Lebensleistung der Frauen, die über ihr eigenes Leid hinaus gewachsen sind. Sie haben unser Land mitaufgebaut, selbstbewusst das gesellschaftliche und soziale Leben gestaltet und die Versöhnung mit den Nachbarn vorangetrieben.

In ihrem Sinne sowie im Einklang mit der UN-Menschenrechtskonvention und in Übereinstimmung mit unserem BdV-Präsidenten fordern wir angesichts des dramatischen Anstiegs der weltweiten Flüchtlingsströme ein weltweites Vertriebungsverbot und die Ächtung von sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

Dr. Maria Werthan,  
Präsidentin des BdV-Frauenverbandes

### Polnische Wahlversprechen kosten 2 % des BIP

In Polen sagen viele Wähler unverblümt, daß die Wahl und Wiederwahl der regierenden Partei PiS eine Folge der eingehaltenen Wahlversprechen ist. Die bereits im Wahlkampf 2015 angekündigten und später umgesetzten Sozialprogramme der PiS sind ein erheblicher Grund für ihren Wahlerfolg.

Viele Jahre lang hieß es in Polen, vor allem seitens der damals regierenden Bürgerplattform PO, daß Polen zu arm sei, um starke Sozialprogramme zu finanzieren. Die PiS-Regierung fand aber Mittel dafür und setzte das als revolutionär angesehene Kindergeld-Programm 500+ um.

Seit April 2016 erhält jede Familie, unabhängig von ihrer finanziellen Situation, ab dem zweiten Kind für jedes 500 Złoty (etwa 120 €, oder gefühlt 500, wie man in Polen sagt). Noch vor den Wahlen 2019 wurde dieses Programm auch auf das erste Kind ausgeweitet.

Eine – durchaus auch beabsichtigte – Folge dieses Kindergeldes ist der Verzicht vieler Frauen auf ihre oft schlecht bezahlten Jobs. Auch das Familienbild der PiS ist konservativ. Von diesem Kindergeld profitieren dank EU-Recht auch Ausländer. Auch wenn Kritiker sagen, dieses Kindergeld sei für Sozialhilfeempfänger demotivierend, so kann die Regierung doch darauf verweisen, daß die Arbeitslosenquote bei nur ca. 5 % liegt, also jeder eine Arbeit finden müßte.

Die Oppositionspartei PO sagte vor der Wahl für den Fall eines Wahlsieges zu, das Kindergeld beizubehalten, nach ihrer Wahlniederlage sprach sie von einem teurer erkauften Wahlsieg der PiS.

Neben dem Kindergeld versprach die PiS nämlich noch ein Erziehungsgeld und weitere soziale Sonderzahlungen. Im Mai 2019 erhielten die Rentner eine einmalige Sonderzahlung in Höhe von 200 €, die sog. 13. Rente. Nach ihrem Wahlsieg kündigte die PiS sogar nicht nur eine 13. sondern auch eine 14. Rente an. Umstritten war auch das Sozialprogramm „Mama 4+“. Frauen, die mindestens vier Kinder hatten und demzufolge wenig für die Rente arbeiten konnten, sollen eine sogenannte Mutterrente erhalten. Dies betrifft ca. 80.000 Frauen, nicht aber diejenigen, die stets gearbeitet haben – daher stößt dieses Programm auf Kritik.

Ein weiteres Sozialprogramm war die im August 2019 umgesetzte Abschaffung der Einkommenssteuer für junge Arbeitnehmer unter 26 Jahren. Dies betrifft ca. 2 Millionen Menschen. Dieses Programm zielte vor allem auf die Verhinderung von Schwarzarbeit.

Auch das Rentenalter wurde wieder herabgesetzt. Seit 2017 können Frauen wieder mit 60 und Männer mit 65 in Rente gehen. Wer freiwillig länger arbeitet erhöht eine Rente jährlich um 8 €.

Das umstrittenste Wahlversprechen ist jedoch die Ankündigung der Erhöhung des Mindestlohns, der z. Zt. bei 2.250 Złoty (ca. 535 €) im Monat liegt. Ab 2020 soll er auf ca. 620 €, 2021 auf mindestens 715 € und 2023 auf 952 € steigen. Kritiker sehen darin eine erhebliche Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit Polens. Die Kosten werden sich auf mehr als 40 Milliarden Złoty (ca. 9,5 Mrd. €, = 2 % des Bruttoinlandsprodukts/ BIP) belaufen.

Auf ihre Wähler zielte auch das Sozialpaket vor allem in Dörfern und Kleinstädten den ÖPNV zu verbessern, denn in der Zeit der PO-Regierung, betonten Regierungsvertreter, seien viele Bus- und

Zug-Verbindungen eingestellt worden. Auch die Wiedereröffnung kleiner Polizeistationen wurde angekündigt. Damit

will die PiS ihrem Parteinamen „Recht und Gerechtigkeit“ gerecht werden.

M. Sp.

## Mitteilungen der Bundesgeschäftsstelle

### Allen Spendern herzlichen Dank

In der Zeit vom **1. Januar bis 31. März 2020** gingen bei uns Spenden in Höhe von insgesamt **972,- EUR** ein. Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Weichsel-Warthe dankt allen Spenderinnen und Spendern dafür sehr herzlich.

Aus datenschutzrechtlichen Gründen sehen wir uns gezwungen auf die Bekanntgabe der Spendernamen, verbunden mit der gespendeten Summe und dem Wohnort zu verzichten. Sollten Sie daran interessiert sein, dass Sie namentlich genannt werden, benötigen wir von Ihnen die schriftliche Erlaubnis zur Nennung.

Gleichzeitig teilen wir mit, dass unsere Landsmannschaft laut Freistellungsbescheid des Finanzamtes Wiesbaden II, St. Nr. 43 250 72357 vom 17. Septem-

ber 2018 ausschließlich gemeinnützigen Zwecken, nämlich Förderung der Heimatpflege und Heimatkunde, dient und daher berechtigt ist, Spendenbescheinigungen auszustellen.

Wenn Sie eine Spende einzahlen, lassen Sie bitte den Einzahlungsabschnitt von der Bank abstempeln. Für Spenden ab 100,- Euro erhalten Sie automatisch von der Bundesgeschäftsstelle eine Spendenquittung zugeschickt. Bei kleineren Beträgen stellen wir diese auf Wunsch gern aus.

**Unser Spendenkonto der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband, lautet: Sparda Bank Südwest EG, Nr. 958 755, BLZ 550 905 00, IBAN: DE86 5509 0500 0000 9587 55, BIC: GENODEF1S01**

Landsmannschaft. Von 1995 bis 2011 leitete er die Kreisgruppe Eisenach unserer Landsmannschaft.

**Christa Rollog**, geb. am 29. Juni 1950 in Bayreuth (Bayern), wohnhaft in Wiesbaden, **zum 70. Geburtstag**. Sie war von Januar 1992 bis Juni 2013 als Teilzeitkraft voll verantwortlich für das Finanz- und Rechnungswesen unserer Landsmannschaft. Die Erstellung der Jahresrechnungen und Bilanzen, die Aufstellung der Wirtschaftspläne für das jeweils folgende Jahr, die Beantragung öffentlicher Mittel und die sachgerechte Verwendung gehörten zu ihren besonders wichtigen Aufgaben. Darüber hinaus war Christa Rollog langjährige ehrenamtliche Schatzmeisterin und auch Geschäftsführerin der Stiftung Kulturwerk Wartheland.

### Glückwünsche

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Weichsel-Warthe gratuliert herzlich, verbunden mit den besten Wünschen für Gesundheit und Wohlbefinden

**Alice Hess**, geb. am 11. Juni 1925 in Pabianice (Kr. Lask, Mittelpolen), wohnhaft in München, **zum 95. Geburtstag**. Sie ist seit Juni 1982 Frauenreferentin im Bundesverband unserer Landsmannschaft, erhielt 1969 die Silberne Ehrennadel sowie den Kulturpreis der LWW (2000) und ist Trägerin des Bundesverdienstkreuzes am Bande (2002).

**Harry Adams**, geb. am 19. Juni 1922 in Lodz (Mittelpolen), wohnhaft in Furth im Wald, **zum 98. Geburtstag**. Er war Schüler des Lodzer Deutschen Gymnasiums und ist seit 1975 Mitglied unserer

## Aus unserer Arbeit

### Berichte der Heimatkreisgemeinschaften, LWW-Landesverbände und Kreisgruppen

#### LWW Nordrhein-Westfalen

Kontaktperson: Albert Sell, Ringstr. 23,  
50765 Köln, Tel. 0221-5902775

#### In Memoriam Dr. Rainer Epbinder

Mit längerer Verspätung erfuhr Herr Sell vom Tod des langjährigen Mitglieds der Kreisgruppe Köln, Dr. Rainer Epbinder. Er starb am 28.1.2020. Dr. Epbinder war der Sohn des Heinz Epbinder (1921-2005) aus Obersitzko (Obrzycko) im Kreis Samter (Szamotuły) und wurde 1951, also bereits nach Flucht und Vertreibung in Gelsenkirchen geboren. Nach dem Schulbesuch studierte er Politikwissenschaft, Skandinavistik und Sinologie in Stockholm, Peking und Bochum. Er

promovierte zum Dr. phil. Nebenberuflich war er als Autor von Satiren, Kurzkrimis, Kinder- und Liebesgeschichten für Tageszeitungen und Frauenzeitschriften tätig. Er lebte in Windhagen (Rheinland-Pfalz) und München.

Seit dem 2.7.1984 war er Mitglied der Kreisgruppe Köln und wurde bereits 1985 hier zum Kulturwart gewählt. 1989 erfolgte seine Wahl zum Bundeskulturreferenten. Er war auch kommissarisch Bundesjugendreferent.

Aus beruflichen Gründen gab er aber bald darauf sein Amt wieder auf. Die LWW ehrte ihn am 7.3.1995 mit der Silbernen Ehrennadel.